

Der Vorschlag nach einem europaweitem ALG II, sozialer und energetischer Commons: ein Antwortversuch auf europäische Desintegration und die politische Defensive der Linken

Sabrina Apicella
26.06.2019

Helmuth Hildebrand

Einleitung

Es gibt sie immer noch: die Menschen, die angesichts der Ausbeutung von menschlichen und natürlichen Ressourcen von einem Gefühl der Obszönität ergriffen werden und die sensibel auf Ungerechtigkeit reagieren, selbst wenn nicht ihre eigenen Interessen im Vordergrund stehen. So argumentierte Marcuse in seinem Aufsatz „Versuch über die Befreiung“ 1969. Wir wollen Marcuses Beobachtung zur Grundlage eines internationalistisch-linken Projektvorschlags für das heutige Europa machen.ⁱ Die europäische Union (EU) wählen wir deswegen zum Bezugsrahmen, da es aktuell größtmöglichen politischen Bezugsrahmen bildet, da hier 27 oder 28 Staaten involviert sind, je nachdem, wie die Entwicklung in Großbritannien ausgehen wird.

Inhalt des Vorschlags sind drei Forderungen: erstens die nach einem europaweiten Arbeitslosengeld (ALG) II überall in gleicher Höhe wie in Deutschland, aber ohne die verbundenen Schikanen und Kontrolle. Zweitens die Forderung nach europaweiten Commons in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Pflege, auf dem Versorgungsniveau der nordwest-europäischen Staaten. Drittens eine radikal dezentrale und erneuerbare Energiegewinnung, die in ihrer Umsetzung nicht bloß den Energieverbrauch zum Common werden lässt, sondern auch eine freie Mobilität und Migration garantiert, ohne mit den Vorgaben des Klimaschutzes in Konflikt zu geraten.

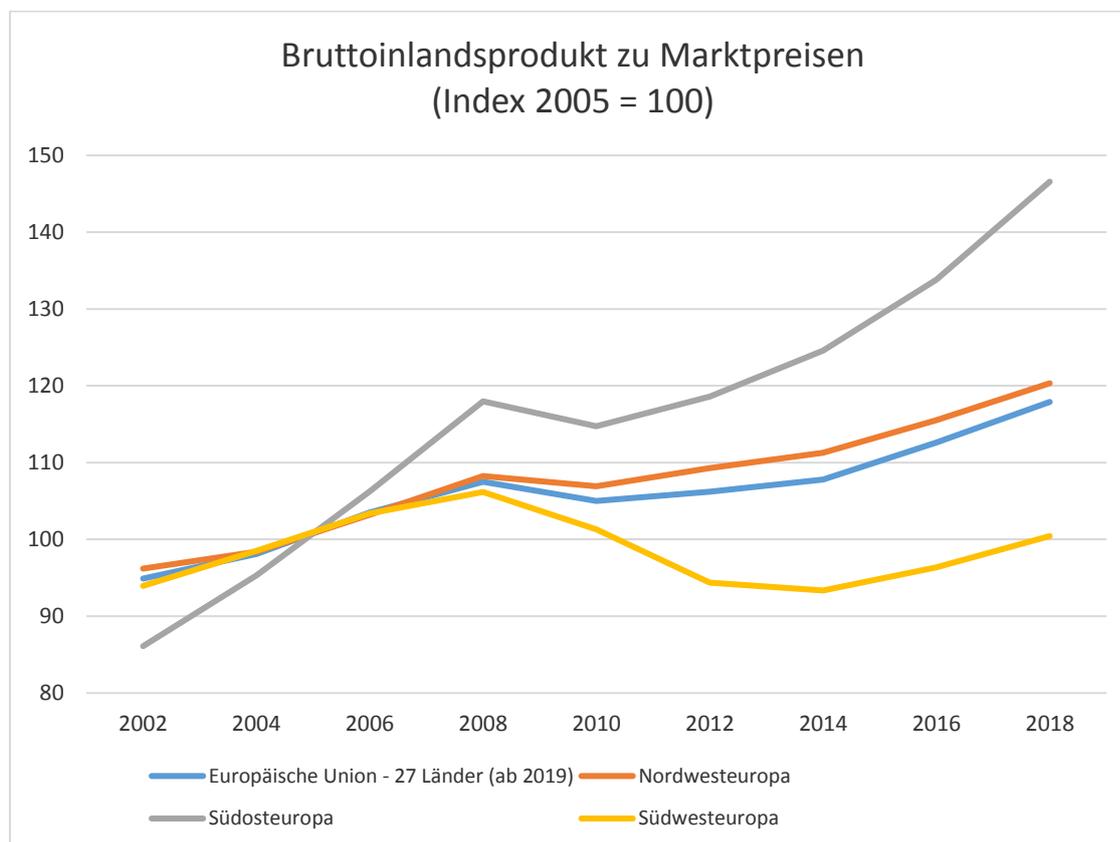
Erstmals im Frühjahr 2018 vorgetragen,ⁱⁱ war unser Projektvorschlag überwiegend geprägt von politischen Überlegungen und einem historischen Rückgriff auf das Jahr 1968. In Anschluss an Marcuse argumentierten wir, dass jene mit dem politischen Empfinden von Obszönität und Sensibilität ein soziales Bündnis eingehen müssen mit Migrant*innen und dem Interesse an Bewegungsfreiheit. Nur so könne eine soziale und individuell befreiende Perspektive von unten zum integrativen Faktor politischer Zielsetzung und Aktion in Europa werden. Seitdem haben sich mehrere Geschehnisse ereignet, die uns in unserer politischen Einschätzung bestärken. Gefühle von Obszönität und Sensibilität, zentrale subjektive Momente der Analyse von Marcuse 1969, haben als Faktoren der politischen Orientierung wieder zugenommen. Dies zeigen die Bewegungen gegen Überflusproduktion und Wegwerfgesellschaft, beispielhaft an der Diskussion zum Containern, zur Vernichtung von Waren des Versandhandels, zum Abholzen von Wäldern für den Kohlebergbau. Sensibilität wiederum zeigt sich beispielsweise in den inzwischen internationalen Reaktionen auf den Appell der Bewegung „Fridays for Future“. Die Bewegung der Gelbwesten zeigt etwa die Notwendigkeit der Bezugnahme auf die soziale und ökonomische Situation der Ausgebeuteten.

Der vorliegende Artikel soll deswegen die frühere politische Analyse durch eine ökonomische ergänzen. Wir setzten Migration als Schlüsselement einer internationalen politischen Strategie (vorläufig) für Europa voraus. Jedoch sind wir nicht näher auf die Kräfte eingegangen, die diese Migration nach Europa auf einem andauernd hohen Niveau halten werden. Dies wollen wir im Folgenden für die EU nachholen. Wir werden danach die wesentlichen Elemente unseres

Projektvorschlags wiederholen, um im Schlussteil zu argumentieren, dass alle anderen linken Projektvorschläge, wie sie von der SPD, der Linkspartei, den Grünen oder anderen Gruppierungen formuliert werden, dem hier dargestellten analytischen Rahmen nicht gerecht werden.

Die politisch ökonomische Ausgangssituation in Europa

Die Einführung des Euro als Gemeinschaftswährung 2002 und die sukzessive Integration neuer Mitglieder in die EU war von Beginn an durch unterschiedliche ökonomische Wachstumsgeschwindigkeiten begleitet, bei denen es absehbar war, dass sie ohne sozialpolitische Regulation zu sozialen Konflikten führen würden. Um diese Entwicklungstendenzen nachzuzeichnen, haben wir eine Reihe von Daten der Eurostatⁱⁱⁱ ausgewertet und soweit möglich in jeweils vier geografischen Blöcken bzw. Einheiten miteinander verglichen: für Südosteuropa konnten wir Daten zu Bulgarien, Polen, Rumänien und Ungarn nutzen, für Südwesteuropa jeweils Griechenland, Italien, Portugal und Spanien und schließlich für Nordwesteuropa jeweils Belgien, Deutschland und die Niederlande einbeziehen.



Wie die Entwicklung des BIP der drei Regionen (Abb. 1) zeigt, hat sich diese Divergenz der ökonomischen Entwicklung seit 2008 noch einmal erheblich verschärft: die südwesteuropäischen Länder haben erst 2018 wieder das Niveau von 2005 erreicht, die nordwesteuropäischen Länder haben die Krise kaum gespürt, während die südosteuropäischen Länder ihr starkes Wachstum nach der Krise bald wieder aufgenommen haben.^{iv} Allerdings unterschätzt eine rein quantitative Darstellung des BIP der drei Regionen oder Blöcke die qualitativen Unterschiede, die sich dahinter verbergen. So ist es im Block der südosteuropäischen Länder zu einer massiven Ausweitung der

Industrieproduktion gekommen, während es im Block der südwesteuropäischen Länder der Tourismus war, der die ökonomische Entwicklung angetrieben hat. Holzschnittartig ausgedrückt hat sich die Ökonomie Südosteuropas zum Zulieferanten der Industrie von Nordwesteuropa entwickelt, Südwesteuropa dagegen zum Urlaubsparadies der Bevölkerung des Nordwestens, teilweise aber auch zum Lieferanten von landwirtschaftlichen Produkten. Diese Entwicklungen sind in den verschiedenen Blöcken mit unterschiedlichen sozialen und politischen Reaktionen „von unten“ wie von „von oben“ begleitet worden. Im Südwesteuropa ist es zu schweren politischen Auseinandersetzungen gekommen, die teilweise die politische Hegemonie der nationalen Bourgeoisie und des europäischen neoliberalen Regulationsregimes erheblich in Frage gestellt haben. Hier wäre der Wahlsieg von Syriza, die linke Duldungsregierung in Portugal, die teilweise großen Wahlerfolge von Podemos, aber auch die 5-Sterne-Bewegung mit ihrer Programmatik einer Sozialhilfe für die italienische Bevölkerung zu nennen. Dagegen hat sich in Südosteuropa nach der Krise ein Block illiberaler Parteien wie die Fidesz gebildet, der faktisch die neoliberale Programmatik der EU übererfüllt hat, rhetorisch aber gegen die Bürokratie der EU und Minderheiten wettet. Wie erheblich sich diese unterschiedlichen Reaktionsformen der drei Blöcke auf die Lebensbedingungen der Bevölkerung ausgewirkt hat, zeigen die folgenden drei Diagramme (Abbildung 2, 3 und 4):

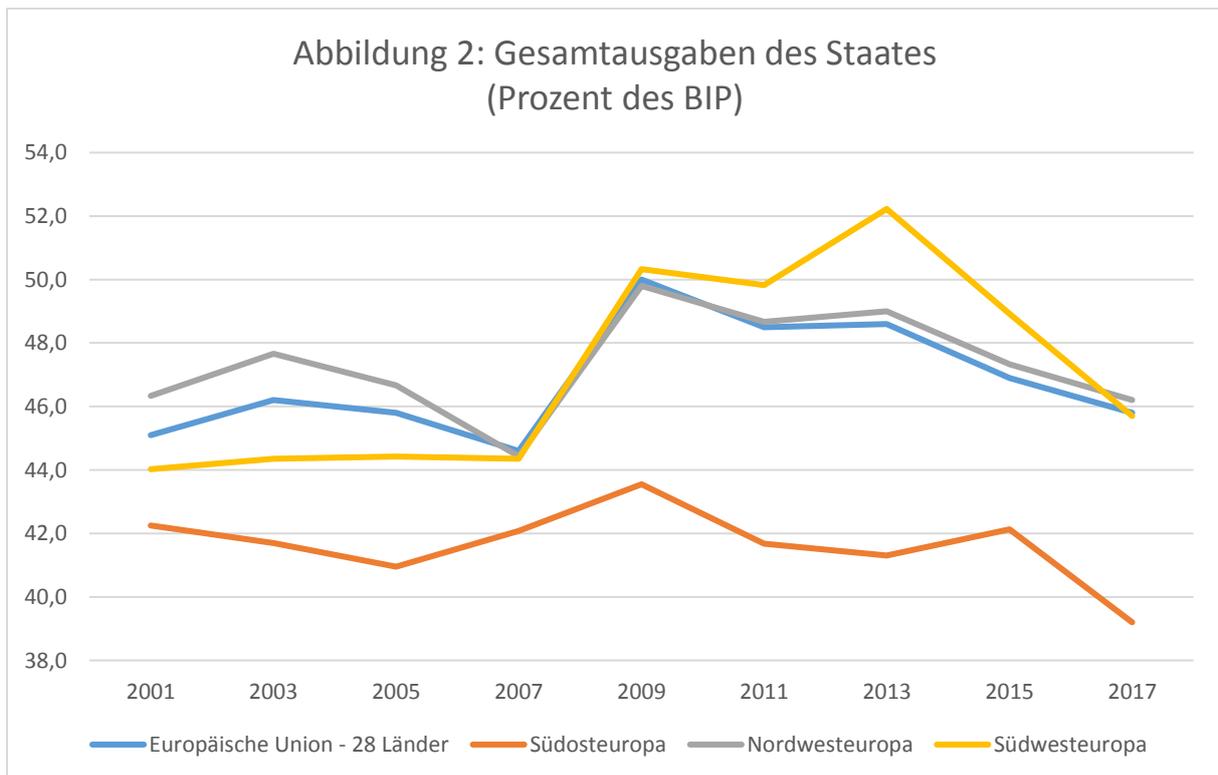


Abbildung 3: Staatsausgaben für die allgemeine öffentliche Verwaltung (in Prozent des BIP)

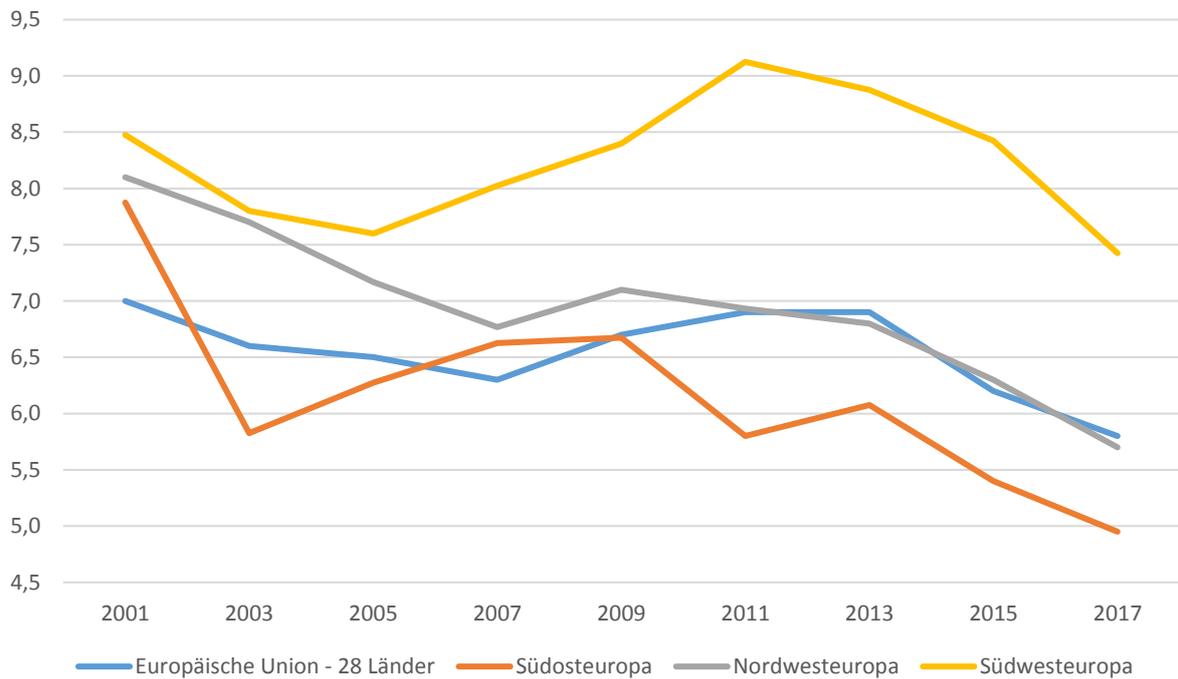
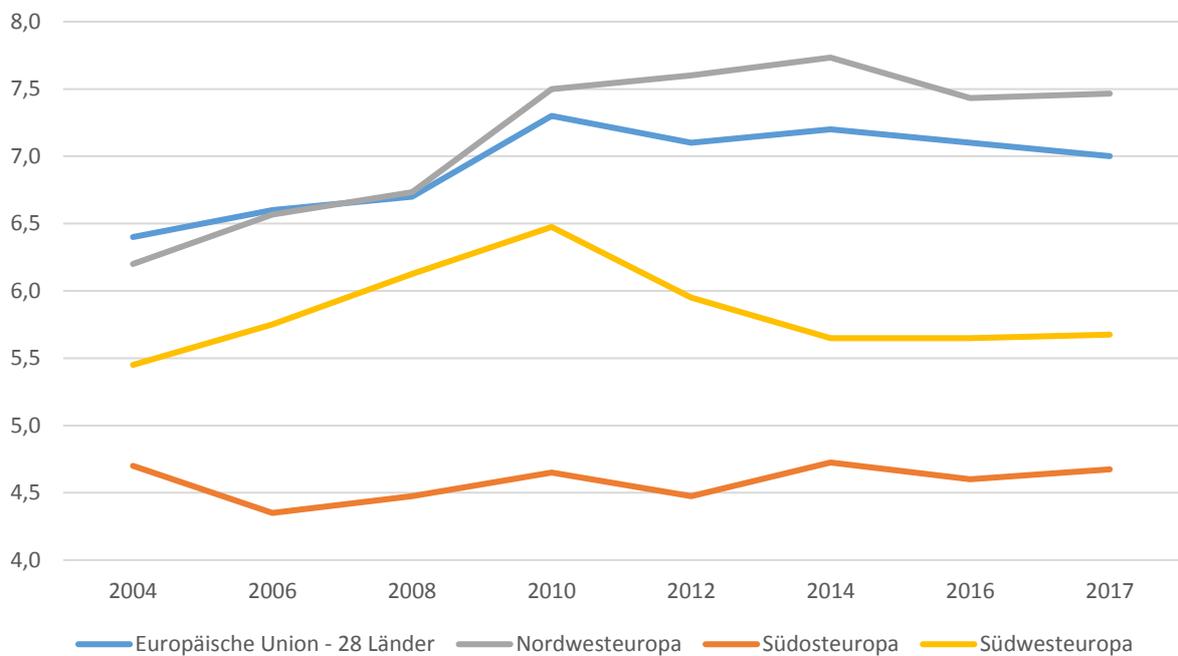


Abbildung 4: Staatsausgaben für das Gesundheitswesen (in Prozent des BIP)

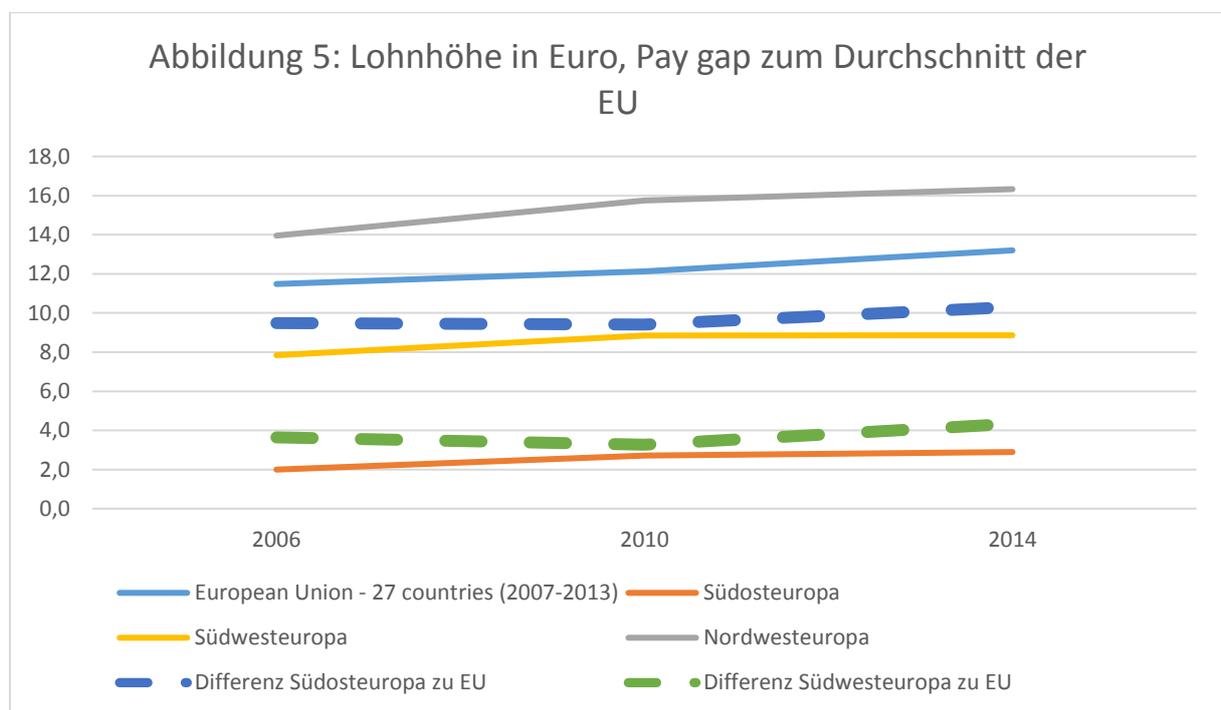


Während im Nordwesten also die Krise wenig Veränderung im staatlichen Verhalten erbrachte, kam es im Südwesten infolge der Krise zu einer Steigerung der staatlichen Ausgaben, die ab 2010/2011

unter dem Druck der EU-Kommission zurückgefahren wurden (teilweise unter das Niveau von 2006). Die südöstlichen Regierungen setzten ihren neoliberalen Kurs einer Reduktion der staatlichen Interventionen fort, allerdings mit einer Ausnahme, nämlich im Bereich der öffentlichen Ordnung und Sicherheit (hier nicht gezeigt).

Migration - die Antwort der lebendigen Arbeit

Trotz der unterschiedlichen politischen Entwicklungen (exemplarisch am deutlichsten für Syriza in Griechenland und die Fidesz Partei in Ungarn) und ökonomischen Situationen verlaufen bestimmte Erfahrungen in der Bevölkerung von Südosteuropa und Südwesteuropa parallel, zumal die letzteren Regierungen durch die EU-Kommission zu einer neoliberalen Krisenbewältigung gezwungen wurden und werden. So hat sich beispielsweise die Lohndifferenz zwischen der EU als Gesamtgebilde und den südosteuropäischen bzw. südwesteuropäischen Ländern nicht verringert, sondern speziell nach der Krise wieder erhöht. Inzwischen liegt die Differenz der Löhne in Südosteuropa zum europäischen Durchschnitt für das boomende Südosteuropa wieder oberhalb von 10 Euro pro Stunde, im Verhältnis zu Nordwesteuropa bei 13 Euro. Für Südwesteuropa gilt, dass die bis zur Krise erfolgte geringe Angleichung (leichte Sinken der grün gestrichelten Kurve in Abbildung) durch diese wieder aufgefrisst wurde und der Stundenlohn von durchschnittlich 9,- Euro eine Differenz von 4,- Euro zum EU-Schnitt und von sogar 7,- Euro zu den nordwestlichen Ländern aufweist (Abb. 5).

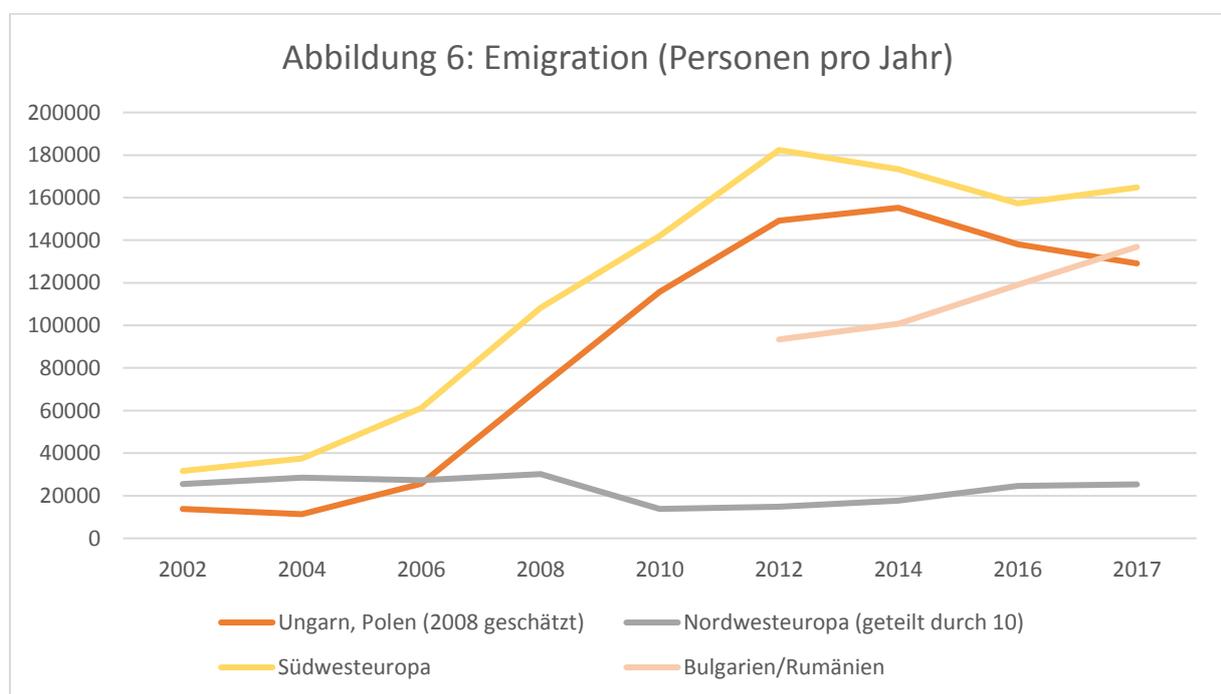


Soweit Abweichungen in den Diagrammen gegenüber anderen Abbildungen vorhanden sind, so liegt das daran, dass Eurostat in diesem Aspekt unvollständige oder fehlende Daten ausweist.

Eine weitere Angleichung in den Lebensverhältnissen unter dem Druck der Krise ist in Richtung der Beanspruchung von Familienressourcen erfolgt. Inzwischen liegt der Zeitpunkt, an dem Kinder die Familie per Auszug verlassen in den beiden Süd-Regionen bei ca. 29.5 Jahren, in Nordwesteuropa dagegen bei etwas über 25 Jahren.

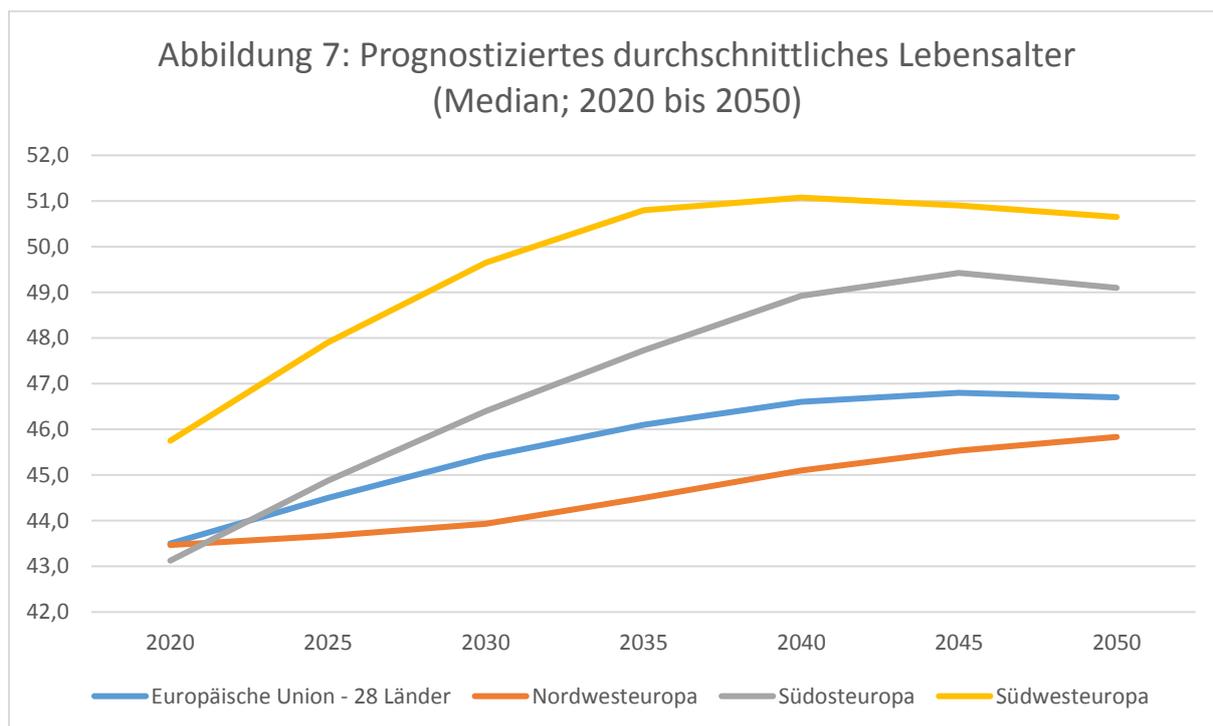
Diese ökonomischen Probleme werden aus unserer Sicht durch die dominante spontane Reaktionsform der lebendigen Arbeit, konkret ihre Migration, auf die Verfasstheit der toten Arbeit, also Wertschöpfungskette der Kapitalakkumulation, beantwortet und gleichzeitig verstärkt. Denn Migration ist seit Einführung der Freizügigkeit in Europa ein kodifiziertes und gelebtes Grundrecht: dort hingehen zu können, wo man sein möchte. Insofern ist sie befreiend, kontingent und turbulent.

Migration ist aber auch doppelt gerahmt, erstens als individueller Ausweg: sich den sozialen und ökonomischen Unterdrückungen zu entziehen, indem man weggeht, sich der Obszönität nicht unterwirft. Mit der Migration werden Ansprüche und Rechte auf Freiheit gelten gemacht, die Möglichkeit der Verweigerung gegenüber den erlebten Zumutungen gewählt. Dieser zweite Rahmen gibt ihr eine einseitige Richtung: weg von den Regionen, wo die massivste Ausbeutung direkt erfahrbar ist, und hin in Richtung der vom Kapital etablierten Wertschöpfungsketten.



Für Bulgarien und Rumänien gibt es erst seit 2012 die entsprechenden Daten bei Eurostat

Das Phänomen der Migration (nicht nur in die Zentren der Kapitalakkumulation) trägt die Möglichkeit einer individuellen Befreiung aus den erlebten Ketten sozialer Zwangsverbände und Ausbeutung. Gleichzeitig untergräbt jedoch die Migration aus den südöstlichen und südwestlichen Ländern in den Nordwesten von Europa soziale Strukturen in den Herkunftsländern und die sozialstaatliche Finanzierung ebendort. Zudem beginnt Migration zum Ausgangspunkt einer sozialen und politischen Legitimations- und Reproduktionskrise in den die Migrant*innen empfangenden Ländern zu werden, obwohl sie in diesen Ländern das gesellschaftlich durchschnittliche Lebensalter weniger schnell steigen lässt (Abbildung 7) und einen Bevölkerungszuwachs garantiert. Oder anders: Ohne Migration würde die Bevölkerung im Nordwesten Europas massiv schrumpfen und die Bevölkerung würde schneller altern. Man könnte also sagen, dass der Bevölkerungsrückgang und auch die Erhöhung des durchschnittlichen Lebensalters der Bevölkerung in die südöstlichen und südwestlichen Länder „exportiert“ wird, was dort die entsprechenden sozialen Probleme aufwerfen wird (Stichworte: demografischer Wandel, Altersarmut, Pflegenotstand, Infrastruktur auf dem Land). Migration ist folglich gleichermaßen der Verdichtungspunkt eines fundamentalen Fortschritts von Freiheit wie einer krisenhaften gesellschaftlichen Entwicklung.



Der Projektvorschlag: Gleichheit der Lebensbedingungen, Commons und Mimesis

Migration ist, wie bereits erwähnt, ein positives Grundrecht: frei dort hingehen zu können, wo man sein möchte. Dieses Grundrecht möchten sich weite und gerade die politisch bewusstesten Teile der Bevölkerung nicht mehr nehmen lassen. Jedoch ist Migration in die Länder der nordwestlichen EU in ihrer jetzigen Form strukturell ebenso eine Flucht, die die Herkunftsländer entleert und dortige Entwicklungen negativ beeinflusst. Das formale Freiheitsrecht auf Migration braucht also eine materielle Unterfütterung. Wir schlagen deshalb vor, der formal freien, faktisch aber in eine geographische Richtung gezwungenen Migration eine solche Unterfütterung zu geben, die auf drei Grundprinzipien beruht.

(1) Gleichheit der Lebenslagen

Auf der *Gleichheit der Lebenslage* basiert die Forderung nach einem europaweit gleich hohen Arbeitslosengeld (ALG II) nach der Berechnung in Deutschland, jedoch ohne die entwürdigenden Schikanen und Bezugsbedingungen, die damit verknüpft sind.^v Damit verbinden wir den Gedanken, dass alle Menschen in der Situation der Erwerbslosigkeit eine Grundsicherung auf dem Niveau des Existenzminimums erhalten.

Warum die Forderung nach einem europaweiten ALG-II und nicht nach einem Bedingungslosen Grundeinkommen? Das ALG II ist eine sozialpolitisch vorhandene Leistung, es muss nicht extra neu erfunden und ausgehandelt werden. Es hat eine eher zu geringe Höhe und kann deshalb kaum aufgrund seiner Höhe angegriffen werden. Wer es trotzdem angreift, sagt offen, dass sie es für zu hoch für nicht-deutsche Staatsbürger hält, obwohl sich die Lebensunterhaltungskosten europaweit nicht mehr deutlich unterscheiden (wenn man die Mieten und Heizkosten gesondert betrachtet, wie bei Berechnung des ALG II). Seine Einführung würde eine Umverteilung von Geldern ausschließlich nach unten, nämlich an Erwerbslose und insbesondere auch an Aufstocker*innen im Südosten der EU

in Gang setzen. Und die Folgen einer europaweiten Einführung wären enorm: sie würde die sofortige Minderung der Not zur Migration und die Möglichkeit zur Änderung ihrer vorherrschenden Richtung zu einer Migration in alle Richtungen bedeuten.

(2) Gesellschaftliche Commons

Die bloße Einführung eines europaweit gleichen ALG II bedarf einer Ergänzung um die Einführung von *gesellschaftlichen Commons*. Migration erfolgt auch und besonders aus Orten, in denen das Bildungssystem und das Gesundheitswesen schlecht und Altersarmut unausweichlich sind. Nach Eurostat und OECD Statistik ist der Anteil von direkt, also aus eigener Tasche bezahlter Gesundheitsleistung in den südosteuropäischen Ländern seit 2008 von 32 auf 39 Prozent gestiegen, in den südwesteuropäischen Ländern von 21 auf 25 Prozent. Damit bedeutet in diesen Ländern eine chronische Erkrankung in der Familie zu haben ein massives Verschuldungsrisiko, das aufgrund der Sozialversicherung im Nordwesten gering ist (11.5 Prozent privat bezahlte Gesundheitskosten). Auch ohne eine Angleichung der Ausbildungschancen bleibt Migration unfrei und gerichtet, denn die Verbesserung der Perspektiven für die Kinder ist ein wesentliches Migrationsmotiv. Gerade in einigen südosteuropäischen Ländern ist aber die schulische Ausbildungsqualität niedrig und das Erreichen eines hohen Bildungsabschlusses nachgewiesener Weise vom sozialen Status abhängig.

(3) Mimetischer Umgang mit der Natur als Rettung von freier Mobilität

Freie Migration setzt die technische und soziale Fähigkeit zu ihr voraus. Das Festhalten an der Freiheit zur Migration impliziert ein Festhalten an der Möglichkeit zur Mobilität. Mobilität ist jedoch in ihrer heutigen Form gleichbedeutend mit Umweltzerstörung. Außerdem wird sie zunehmend reichumsabhängig, wenn in Zukunft zur Eindämmung der drohenden Klimakatastrophe nicht die Eigentumsverhältnisse verändert, sondern Steuern erhöht werden. Ein deutliches Gegenprojekt dazu wäre die „Sozialisierung“ der Energieerzeugung im Sinne eines radikalisierten europaweiten erneuerbaren Energieprogramms, welches die Möglichkeit zur Mobilität aufrechterhalten soll. Kleinst-Solar- und Windenergieanlagen könnten die Erzeugung, Speicherung und den Verbrauch von Energie zum Common machen. Einige Zahlen dazu: Ca. 30 Prozent der Oberfläche von Städten dient dem Verkehr und als Parkplätze für Autos. Inzwischen gibt es Photovoltaik-Paneele, auf denen sogar LKWs fahren und bremsen können. In den Niederlanden wird mit Fahrradwegen als Energielieferant experimentiert, in China mit Autobahnabschnitten. Energie „entstünde“ ganz nebenbei und praktisch überall – „mimetisch“ entsprechend dem Vorbild der Photosynthese in den Pflanzen der Natur. Vorbei wäre es mit der Zentralisierung der Energieproduktion in Kraftwerken, der privaten Aneignung dadurch möglicher Profite sowie der verheerenden Orientierung auf fossile Energieträger.

Unserem Vorschlag nach wären nicht nur die Nutzung von Energie, sondern auch Migration und Reisen umsonst.^{vi} Hierbei würden Pferdestärke und Höchstgeschwindigkeit von PKWs begrenzt und der öffentliche Nahverkehr ausgebaut und kostenfrei angeboten. Nur dies entspricht einer wirklich freien Mobilität und birgt eine Teillösung für die drohende Klimakatastrophe.

Wie lauten diskutierte politische Lösungen und warum bleibt es bei unserem Vorschlag?

Die Wahlergebnisse der Europawahl 2019 zeigen auch, dass die europäische Linke nicht dazu in der Lage war, einen überzeugenden Gegenentwurf zu den oben skizzierten Entwicklungen vorzulegen. Unter den meisten linken Parteien scheint zur Angleichung der Lebenslagen ein Mindestlohn um die 60 Prozent des nationalen Durchschnittslohn eine europäische Perspektive zu sein. Diese Forderung ist jedoch eine rechnerische Chimäre: bei einer Lohnhöhe von 3,- Euro pro Stunde im südöstlichen

Europa zu 16,- Euro im nordwestlichen Europa bedeutet jede Mindestlohnforderung auf nationalem Niveau eine wachsende Differenz zwischen den verschiedenen Ländern. In einfachen Zahlen (und unter Rückgriff auf Abbildung 5) ausgedrückt: eine einprozentige Lohnerhöhung im Nordwesten würde mindestens eine vierprozentige Lohnerhöhung im Südosten voraussetzen, wenn sich die Differenz in der Lohnhöhe nicht vergrößern soll. Praktisch impliziert die Forderung nach Mindestlöhnen einen wachsenden Migrationsimpuls in Richtung Nordwesten.

Ähnliches gilt für die Forderung nach nationalen Arbeitslosenversicherungen bzw. der finanziellen Unterstützung nationaler Arbeitslosenversicherung durch EU-Mittel im Falle hoher Arbeitslosigkeit. Nur ein europaweites ALG II überall mindestens gleich hoch wie in Deutschland würde eine Umverteilung von Mitteln und eine Aufhebung der Migrationsströme in eine Richtung bedeuten. Ohne die Aufhebung der einseitigen Gerichtetheit der Migration wird es wie in Abbildung 7 gezeigt zu einer massiven Veränderung des durchschnittlichen Lebensalters und damit auch der zukünftigen Reproduktionsrate in diesen Ländern kommen. Die minimale Höhe des ALG II wäre also die Deutschlands und wie auch beim ALG II gäbe es regional variable Anteile, z.B. die Kosten der Unterkunft.

Viele linke Parteien sprechen sich bereits für ein Investitionsprogramm im Südwesten und Südosten Europas aus. Das Problem ist, wie Abbildung 1 zeigt, aber nicht eines des fehlenden Wirtschaftswachstums. Es ist ein Problem einer neoliberalen Wirtschaftspolitik verknüpft mit illiberaler politischer Programmatik. Investitionsprogramme haben selbst in einem reichen Land wie Deutschland in den siebziger Jahren keine Angleichung der Lebensverhältnisse erreicht. Letztere muss jedoch das Ziel sein, wenn linke Politik „von unten“ und europaweit gedacht wird. Und deshalb wäre zu investieren in die Entwicklung von Commons: Gesundheitswesen, Bildung, Pflege. Ein Common wäre dies, wenn die Arbeit selbstbestimmt gestaltet würde und gänzlich dem Markt entzogen, womit auch eine klare Grenze zu neoliberalen Politiken gezogen wäre.

Warum die Forderung nach einem repressionsfreien europaweiten ALG-II und nicht nach einem Bedingungslosen Grundeinkommen (BGE), wie sie von anderen Autoren in diesem Buch vertreten wird? (1) Das ALG II ist eine etablierte sozialpolitische Leistung und wird nach einem wissenschaftlichen Bedarfsmodell berechnet. Damit müsste es nicht neu erfunden und ausgehandelt werden. (2) Das ALG II ist aus Sicht der Mehrheit der deutschen Bevölkerung zu niedrig und kann wegen seiner Höhe kaum kritisiert werden. Wer trotzdem die Idee einer europaweiten Einführung kritisiert, sagt offen, dass sie es für zu hoch für nicht-deutsche Staatsbürger hält, obwohl sich die Lebensunterhaltungskosten europaweit nicht mehr deutlich unterscheiden (wenn man die Mieten und Heizkosten gesondert betrachtet, wie bei Berechnung des ALG II). Damit ist die Forderung nach seiner Verallgemeinerung geeignet, implizite nationalistische Tendenzen im Denken der linken Bewegungen zu überwinden. (3) Seine Einführung würde eine Umverteilung von Geldern ausschließlich nach unten, nämlich an Erwerbslose und insbesondere auch an Aufstocker*innen im Südosten der EU in Gang setzen. Gerade seine unmittelbare Begründung durch die „Klassenlage“ in der Peripherie der Kapitalakkumulation erscheint uns als Vorteil, weil sie sich auf einen noch nicht existenten internationalen Sozialstaat bezieht. (4) Die Folgen seiner Einführung wären enorm: sie würde die sofortige Minderung der Not zur Migration und die Möglichkeit zur Änderung ihrer vorherrschenden Richtung zu einer Migration in alle Richtungen bedeuten. Umgekehrt würde ein BGE in niedrigerer Höhe oder eine ausschließlich nationalstaatliche Einführung eines BGEs oberhalb des ALG IIs bei gleichzeitig Freizügigkeit in Europa den Migrationsdruck in eine Richtung nicht aufheben oder eher verstärken – mit entsprechenden Konsequenzen für den politischen Diskurs, wie wir sie in der Einleitung angedeutet haben.

Wir begrüßen also die in Folge der Europawahlen entstandene Debatte zu der Frage, wie linke Politik wieder wirkmächtig werden kann und meinen, dass dies dann gelingen wird, wenn sie sich wieder

mit der Idee der persönlichen Befreiung verbindet. Migration, also „freedom to move“, wann und wohin ich will, ist ein Maßstab individueller Freiheit, der verteidigt werden muss, ob man sie nun wirklich nutzen will oder frei entscheidet, dies nicht zu tun. Aber Bewegungsfreiheit wird nicht ausreichen, um die „alte Arbeiterklasse“, die familiär gebunden ist oder fordistisch integriert, wenigstens teilweise auf die eigene Seite zu ziehen. Ein linkes Projekt muss deshalb auch materiell eine echte Zukunft anvisieren. Dafür ist die Schaffung von Arbeitsplätzen, die noch dazu eine gute Versorgung aller mit Bildung, Gesundheit oder Altersabsicherung bedeuten, ein wichtiger Schritt, allein jedoch nicht hinreichend. Eine wirkliche materielle Unterfütterung und lebenswerte Zukunftsvision entsteht nur in Verbindung mit einem kühnen, naturwissenschaftlich-technischen Projekt, das in seiner Größe fasziniert und schon in seiner Anlage eine Form der Vergesellschaftung voraussetzt, die eine Vermehrung des Privateigentums an Produktionsmitteln ausschließt: ein Projekt von erneuerbarer Energie als Common, welches diese quasi überall und komplett dezentral entstehen lässt. Eben „mimetisch“, nicht auf Kosten der Natur und damit als einzige Möglichkeit, freedom to move auch in Zukunft aufrechterhalten zu können.

ⁱ <https://www.zeitschrift-luxemburg.de/ein-vorschlag-zur-guete/>

ⁱⁱ <https://www.linkes-forum-oldenburg.de/kapitalismus-theorie/308-marcuse-versuch-ueber-die-befreiung.html>

ⁱⁱⁱ <https://ec.europa.eu/eurostat/de/data/database>

^{iv} Eine ähnliche Argumentation findet sich in

https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Analysen/Analysen49_Revolution.pdf

^v Eine Liste der Zumutungen von ALG II findet sich hier:

https://www.linkes-forum-oldenburg.de/images/Europa/ALGII_g-1.pdf

^{vi} Das Öko-Institut (2018) sieht in der Elektromobilität bereits in der heutigen Form einen Beitrag zum Umweltschutz. Dabei wurde aber der aktuell in Deutschland vorzufindende Elektrizitätsherstellungs Mix unterstellt. Bei 100 % Versorgung mit erneuerbarer Energie steigt dementsprechend die angesparte CO₂-Menge durch E-Mobilität deutlich. Wir würden weiter ergänzen: erst mit der Begrenzung der Höchstgeschwindigkeit auf 120 km/h sowie der Autogröße auf Klein- und Mittelklassewagen macht unser Projektvorschlag Sinn.